

A N F R A G E von Monika Spring (SP, Zürich), Sabine Ziegler (SP, Zürich) und Eva Torp (SP, Hedingen)

betreffend Defizite im Bereich Hochwasserschutz

Die erneuten Hochwasservorkommnisse dieses Sommers, vor allem aber die Erkenntnisse aus den IPCC-Berichten der UNO zur Klimaerwärmung und den prognostizierten Auswirkungen auf die Schweiz zeigen, dass im Kanton Zürich sowohl bezüglich baulicher Massnahmen als auch Notfall-Szenarien (Frühwarnsystem, Einsatzdispositive) Handlungsbedarf besteht. Insbesondere fehlen das gesetzlich verlangte Hochwasserschutz-Gesamtkonzept sowie ein funktionierendes, kantonsweites Frühwarnsystem. Ausserdem scheinen sich die SAN04-Massnahmen für den Bereich Hochwasserschutz kontraproduktiv auszuwirken, wie der Regierungsrat in Beantwortung der Interpellation KR-Nr. 125/2006 selber feststellt: «Zurzeit fehlen die personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der bisherigen Massnahmepläne ... ».

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass durch die zunehmende Bodenversiegelung sowie durch die Klimaveränderung die Häufigkeit von Hochwasserereignissen weiter zunehmen wird? Ist der Regierungsrat bereit, angesichts dieser weitgehend gesicherten Erkenntnisse die Schutzziele entsprechend anzupassen?
2. Unterhält der Regierungsrat ein Monitoring über die Hochwasserereignisse, die Schadenintensität und die Wirksamkeit von Schutzmassnahmen?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat auf den Verzug bei der Realisierung zahlreicher Massnahmen im Hochwasserschutz zu reagieren? Bis wann gedenkt der Regierungsrat den Personalbestand des AWEL wieder zu erhöhen, um die Massnahmepläne Wasser innert nützlicher Frist umsetzen zu können und seinem gesetzlichen und verfassungsmässigen Auftrag nachzukommen und die Bevölkerung bestmöglich vor Schäden zu schützen?
4. Bis wann wird das im Wasserwirtschaftsgesetz verlangte Hochwasserschutz-Gesamtkonzept vorliegen?
5. Welche Massnahmen im Bereich Hochwasserschutz musste das AWEL auf Grund fehlender Mittel oder ungenügender Personalressourcen zurückstellen? Welche Arbeiten wurden an Dritte vergeben? Wie haben sich die Aufträge an Dritte seit der Umsetzung der SAN04-Massnahmen entwickelt (Anzahl und Auftragsvolumen)?
6. Wann wird der Kanton Zürich über ein Frühwarnsystem für Hochwasser- und andere Katastrophenereignisse verfügen, wie es zum Beispiel im benachbarten deutschen Bundesland Bayern längst eingerichtet ist?
7. Wie können bei länger andauernden Hochwasserereignissen die Miliz-Feuerwehren in den Gemeinden wirksam unterstützt und entlastet werden?

8. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat präventiven Massnahmen im Bereich Hochwasserschutz zu? Kann sich der Regierungsrat die Einrichtung eines Präventionsfonds für die Finanzierung von präventiven Massnahmen zur Verhinderung oder Milderung von Hochwasserschäden vorstellen? Wäre eine Mitfinanzierung durch Erträge aus der Gebäudeversicherung bzw. durch eine «Hochwasserschutz-Abgabe» der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer denkbar?
9. Gemäss kantonalem Wasserwirtschaftsgesetz können Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zur Mitfinanzierung von Hochwasserschutzmassnahmen verpflichtet werden. Werden solche Beiträge bereits heute erhoben? Wenn ja, nach welchen Kriterien werden diese berechnet und wie hoch waren die Beiträge in Prozent der Kosten in den letzten 6 Jahren im Durchschnitt.

Monika Spring
Sabine Ziegler
Eva Torp